



# Amtsblatt des Amtes Mittelholstein Kreis Rendsburg-Eckernförde

---

14.12.2021

Nr. 85

---

Das Amtsblatt erscheint dienstags und freitags wenn Veröffentlichungen vorliegen und ist kostenlos beim Amt Mittelholstein, Am Markt 15, 24594 Hohenwestedt und seinen Verwaltungsstellen in Aukrug und Hanerau-Hademarschen erhältlich. Außerdem kann das Amtsblatt im Internet unter der Adresse [www.amt-mittelholstein.de](http://www.amt-mittelholstein.de) eingesehen werden.

---

## Inhaltsverzeichnis

- |    |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |         |
|----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| 1. | Amtliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Gemeinde Seefeld für das Haushaltsjahr 2022                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | S. 1253 |
| 2. | Amtliche Bekanntmachung der Gebührensatzung für die Kindertageseinrichtung der Gemeinde Nienborstel                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 1255 |
| 3. | Amtliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Gemeinde Steinfeld für das Haushaltsjahr 2022                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | S. 1258 |
| 4. | Amtliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Gemeinde Bornholt für das Haushaltsjahr 2022                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 1260 |
| 5. | Amtliche Bekanntmachung der Satzung der Gemeinde Hanerau-Hademarschen zur Regelung des Badebetriebes im Freibad                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 1262 |
| 6. | Amtliche Bekanntmachung der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Gokels „Am Raller / Am Sportplatz“ für das Gebiet südlich der Straße "Am Sportplatz" und östlich "Am Raller" und westlich der vorhandenen Bebauung entlang der Bundesstraße in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB                                                                                                                                                      | S. 1269 |
| 6. | Amtliche Bekanntmachung der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Am Raller / Am Sportplatz“ der Gemeinde Gokels für das Gebiet nördlich und östlich des Gemeindeweges „Am Raller“ und der Bebauung „Am Raller“ 3 - 7 (ungerade Hausnummern), westlich der „Bundesstraße“ und der hinteren Bebauung „Bundesstraße“ 17 - 27 (ungerade Hausnummern), südlich des Weges „Am Sportplatz“ und des Grundstücks „Am Sportplatz“ 2 + 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB | S. 1272 |

# Amtliche Bekanntmachung

## Haushaltssatzung der Gemeinde Seefeld für das Haushaltsjahr 2022



Aufgrund des § 4 Abs. 1 Satz 1 und § 77 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-Holst., S. 57) in der zuletzt geänderten Fassung vom 25.05.2021 (GVOBl. Schl.-Holst., S. 566), wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 01. Dezember 2021 folgende Haushaltssatzung erlassen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 wird

- |                                                                                                      |                |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 1. im Ergebnisplan mit                                                                               |                |
| einem Gesamtbetrag der Erträge auf                                                                   | 588.900,00 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf                                                              | 583.600,00 EUR |
| einem Jahresüberschuss von                                                                           | 5.300,00 EUR   |
| 2. im Finanzplan mit                                                                                 |                |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf                           | 576.100,00 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf                           | 500.900,00 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 300.500,00 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 470.100,00 EUR |

festgesetzt.

### § 2

Es werden festgesetzt:

- |                                                                                           |                |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf | 298.500,00 EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf                                  | 0,00 EUR       |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf                                                 | 0,00 EUR       |
| 4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf                            | 0,18 Stellen.  |

### § 3

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

(1) Grundsteuer	
für die land- und forstwirtschaftlichen	
a) Betriebe (Grundsteuer A)	260 %
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	260 %
(2) Gewerbesteuer	350 %

### § 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Bürgermeisterin ihre oder der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 5.000,00 EUR. Die Zustimmung der Gemeindevertretung gilt in diesen Fällen als erteilt. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist verpflichtet, der Gemeindevertretung mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben nach Satz 1 zu berichten.

### § 5

Im Teilfinanzplan (§ 4 Abs. 5 GemHVO-Doppik) sind als Einzelmaßnahmen Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen auszuweisen, wenn der Auszahlungsbetrag für die Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme mindestens 100.000,00 EUR beträgt.

Seefeld, den 06.12.2021

gez.

(L.S.)

Cathrin Hinrichsen  
(Bürgermeisterin)

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Jeder kann Einsicht in die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit den Anlagen nehmen. Einsicht ist während der Dienstzeit möglich beim Amt Mittelholstein, Am Markt 15, 24594 Hohenwestedt, Zimmer 100, oder auf der Homepage des Amtes Mittelholstein unter [www.amt-mittelholstein.de](http://www.amt-mittelholstein.de).

# Amtliche Bekanntmachung

## **Gebührensatzung für die Kindertageseinrichtung der Gemeinde Nienborstel**



Aufgrund des § 4 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) vom 28. Februar 2003 (GVObI. Schl.-Holst. S. 57) in der zuletzt geänderten Fassung vom 25. Mai 2021 (GVObI. Schl.-Holst. S. 566) und der §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 1 Satz 1, 4 Abs. 1 Alternative 2 und 6 Abs. 1 bis 4 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) vom 10. Januar 2005 (GVObI. Schl.-Holst. S. 27) in der zuletzt geänderten Fassung vom 25. Mai 2021 (GVObI. Schl.-Holst. S. 566), der §§ 22-24 und 90 Abs. 1 Nr. 3 des Sozialgesetzbuches VIII (SGB VIII) vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022) in der zuletzt geänderten Fassung vom 16. Juni 2021 (BGBl. I S. 1810) sowie des § 31 Abs. 1 Satz 1 und 2 Satz 1 des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (Kindertagesförderungsgesetz – KiTaG) vom 12. Dezember 2019 (GVObI. Schl.-Holst. S. 759) in der zuletzt geänderten Fassung vom 25. Februar 2021 (GVObI. Schl.-Holst. S. 201) wird nach Beschlussfassung der Gemeindevertretung Nienborstel vom 07. Dezember 2021 folgende Satzung erlassen:

### **§ 1**

#### **Gebühr für die Betreuung**

- (1) Die Gebühren für die unter 3-jährigen und die über 3-jährigen Kinder entsprechen denen im § 31 Abs. 1 KiTaG festgelegten Höchstbeträgen je wöchentlicher Betreuungsstunde.  
Für eine spontane Nutzung des Früh-, und Spätdienstes entsprechen die Gebühren denen im § 31 Abs. 1 KiTaG festgelegten Höchstbeträgen je Betreuungsstunde.
- (2) Für unter 3-jährige Kinder, die die Kindertageseinrichtung während 50% der Öffnungszeiten gemäß § 2 der Satzung für die Kindertageseinrichtung besuchen, sind 50% der monatlichen Gebühren nach Abs. 1 zu entrichten.
- (3) Auf Antrag werden die Gebühren nach dem Kindertagesförderungsgesetz (KiTaG) in der derzeit gültigen Fassung ermäßigt.

### **§ 2**

#### **Gebühr für das Mittagessen**

- (1) Die Gebühr für das Mittagessen beträgt monatlich pauschal:

5 Tage/Woche	74,80 €
4 Tage/Woche	59,84 €
3 Tage/Woche	44,88 €
2,5 Tage/Woche	37,40 €
2 Tage/Woche	29,92 €
1 Tag/Woche	14,96 €

(2) In Ausnahmefällen besteht die Möglichkeit für eine spontane Teilnahme am Mittagessen eine 10er-Karte i. H. v. 42,00 € in der Kindertageseinrichtung zu erwerben.

(3) Gebührenschuldner, die einen Anspruch auf Bildung und Teilhabe gemäß §§ 28 ff. Sozialgesetzbuch zweites Buch (SGB II), §§ 34 ff. Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII), § 6 Bundeskindergeldgesetz (BKKG), § 2 bzw. § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes oder anderen Rechtsgrundlagen haben und einen Antrag auf Leistung der Bildung und Teilhabe gestellt haben, sind auf Antrag von der Zahlung des Mittagessens befreit.

(4) Eine Gebühr für das Mittagessen wird auf Antrag nicht erhoben, wenn ein Kind länger als an 15 aufeinanderfolgenden Betriebstagen fehlt. Die regulären Schließzeiten gemäß der aktuellen Satzung für die Kindertageseinrichtung bleiben unberücksichtigt.

### **§ 3**

#### **Entstehung der Gebühr**

Für die Unterbringung eines Kindes in der Kindertageseinrichtung gilt grundsätzlich der Zeitraum vom 01.08. eines Jahres bis zum 31.07. des Folgejahres. Während der Schließzeiten der Kindertageseinrichtung sind die Gebühren weiter zu entrichten. Die Gebühr ist somit für ein volles Jahr = 12 Monate zu entrichten.

Beginnt das Betreuungsverhältnis im Laufe eines Monats, verringern sich die Gebühren nach § 1 Abs. 1 und 2 entsprechend.

Die Gebühr ist auch dann in voller Höhe weiter zu zahlen, wenn ein Kind wegen Krankheit oder anderer Gründe, die die Gemeinde nicht zu vertreten hat, die Kindertageseinrichtung nicht besuchen kann.

Vollendet ein Kind das 3. Lebensjahr, ist von Beginn diesen Monats an die Gebühr für Ü3-Kinder zu zahlen.

### **§ 4**

#### **Fälligkeit der Gebühr**

Die Gebühr ist am 01. des laufenden Monats fällig.

### **§ 5**

#### **Datenverarbeitung**

Zur Durchführung dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen Daten aus dem Einwohnermeldeamt und dem Steueramt durch die Gemeinde zulässig. Die für die Gemeinde zuständige Verwaltungsbehörde darf sich diese Daten von den genannten Ämtern und Behörden übermitteln lassen und zum Zwecke der Durchführung dieser Satzung weiterverarbeiten.

**§ 6**  
**Inkrafttreten**

Diese Gebührensatzung tritt zum 01.01.2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung für die Kindertageseinrichtung der Gemeinde Nienborstel vom 29.03.2021 außer Kraft.

Nienborstel, den 09.12.2021

gez. (L.S.)

Holger Kühl  
(Bürgermeister)

# Amtliche Bekanntmachung

## Haushaltssatzung der Gemeinde Steinfeld für das Haushaltsjahr 2022



Aufgrund des § 4 Abs. 1 Satz 1 und § 77 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-Holst., S. 57) in der zuletzt geänderten Fassung vom 25.05.2021 (GVOBl. Schl.-Holst., S. 566), wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 06. Dezember 2021 folgende Haushaltssatzung erlassen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 wird

- |                                                                                                      |                |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 1. im Ergebnisplan mit                                                                               |                |
| einem Gesamtbetrag der Erträge auf                                                                   | 553.200,00 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf                                                              | 562.400,00 EUR |
| einem Jahresfehlbetrag von                                                                           | 9.200,00 EUR   |
| 2. im Finanzplan mit                                                                                 |                |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf                           | 548.900,00 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf                           | 529.800,00 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 0,00 EUR       |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 29.000,00 EUR  |

festgesetzt.

### § 2

Es werden festgesetzt:

- |                                                                                           |               |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf | 0,00 EUR      |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf                                  | 0,00 EUR      |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf                                                 | 0,00 EUR      |
| 4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf                            | 0,22 Stellen. |

### § 3

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

(1) Grundsteuer	
für die land- und forstwirtschaftlichen	
a) Betriebe (Grundsteuer A)	320 %
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	320 %
(2) Gewerbesteuer	350 %

### § 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Bürgermeisterin ihre oder der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 5.000,00 EUR. Die Zustimmung der Gemeindevertretung gilt in diesen Fällen als erteilt. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist verpflichtet, der Gemeindevertretung mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben nach Satz 1 zu berichten.

### § 5

Im Teilfinanzplan (§ 4 Abs. 5 GemHVO-Doppik) sind als Einzelmaßnahmen Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen auszuweisen, wenn der Auszahlungsbetrag für die Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme mindestens 100.000,00 EUR beträgt.

Steenfeld, den 08.12.2021

gez.

(L.S.)

Ralf Eichert  
(Bürgermeister)

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Jeder kann Einsicht in die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit den Anlagen nehmen. Einsicht ist während der Dienstzeit möglich beim Amt Mittelholstein, Am Markt 15, 24594 Hohenwestedt, Zimmer 100, oder auf der Homepage des Amtes Mittelholstein unter [www.amt-mittelholstein.de](http://www.amt-mittelholstein.de).



# Amtliche Bekanntmachung

## Haushaltssatzung der Gemeinde Bornholt für das Haushaltsjahr 2022



Aufgrund des § 4 Abs. 1 Satz 1 und § 77 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-Holst., S. 57) in der zuletzt geänderten Fassung vom 25.05.2021 (GVOBl. Schl.-Holst., S. 566), wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 30. November 2021 folgende Haushaltssatzung erlassen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 wird

- |                                                                                                      |                |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 1. im Ergebnisplan mit                                                                               |                |
| einem Gesamtbetrag der Erträge auf                                                                   | 270.500,00 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf                                                              | 229.300,00 EUR |
| einem Jahresüberschuss von                                                                           | 41.200,00 EUR  |
| 2. im Finanzplan mit                                                                                 |                |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf                           | 268.700,00 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf                           | 214.300,00 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 240.000,00 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 83.000,00 EUR  |

festgesetzt.

### § 2

Es werden festgesetzt:

- |                                                                                           |               |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf | 0,00 EUR      |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf                                  | 0,00 EUR      |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf                                                 | 0,00 EUR      |
| 4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf                            | 0,06 Stellen. |

### § 3

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

(1) Grundsteuer	
für die land- und forstwirtschaftlichen	
a) Betriebe (Grundsteuer A)	320 %
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	320 %
(2) Gewerbesteuer	330 %

### § 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Bürgermeisterin ihre oder der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 5.000,00 EUR. Die Zustimmung der Gemeindevertretung gilt in diesen Fällen als erteilt. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist verpflichtet, der Gemeindevertretung mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben nach Satz 1 zu berichten.

### § 5

Im Teilfinanzplan (§ 4 Abs. 5 GemHVO-Doppik) sind als Einzelmaßnahmen Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen auszuweisen, wenn der Auszahlungsbetrag für die Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme mindestens 100.000,00 EUR beträgt.

Bornholt, den 07.12.2021

gez.

(L.S.)

Thorsten Martens  
(Bürgermeister)

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Jeder kann Einsicht in die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit den Anlagen nehmen. Einsicht ist während der Dienstzeit möglich beim Amt Mittelholstein, Am Markt 15, 24594 Hohenwestedt, Zimmer 100, oder auf der Homepage des Amtes Mittelholstein unter [www.amt-mittelholstein.de](http://www.amt-mittelholstein.de).

# Amtliche Bekanntmachung

## **Satzung der Gemeinde Hanerau-Hademarschen zur Regelung des Badebetriebes im Freibad (Badeordnung)**



Aufgrund des § 4 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-Holst., S.57) in der zuletzt geänderten Fassung vom 25. Mai 2021 (GVOBl Schl.-Holst. S. 566) wird nach Beschlussfassung der Gemeindevertretung vom 23.09.2021 folgende Satzung zur Regelung des Badebetriebes im Freibad erlassen:

### **§ 1 Allgemeines**

- (1) Das Freibad „Batz“ ist eine öffentliche Einrichtung der Gemeinde Hanerau-Hademarschen.
- (2) Die Satzung (Badeordnung) dient der Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit und ist für jeden Badegast verbindlich. Der Badegast soll Ruhe, Erholung und Entspannung finden. Die Beachtung der Vorschriften dieser Satzung liegt daher in seinem eigenen Interesse.
- (3) Mit dem Betreten des Freibades erkennt jeder Badegast diese sowie alle sonstigen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit erlassenen Anordnungen an.
- (4) Das Fotografieren und filmen ist im Freibad verboten. Das Nichtbeachten kann mit Hausverbot geahndet werden. Für gewerbliche Zwecke und für die Presse bedarf das Fotografieren und filmen der vorherigen Genehmigung der Gemeinde.

### **§ 2 Zulassung**

- (1) Das Freibad steht grundsätzlich Jedermann während der Öffnungszeiten zur Verfügung.
- (2) Der Zutritt ist nicht gestattet für
  - a) Personen, die unter Einfluss berauschender Mittel stehen,
  - b) Personen, die Tiere (ausgenommen Blindenführ- und Behindertenbegleithunde) mit sich führen,
  - c) Personen, die an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit im Sinne des Bundesseuchengesetzes (im Zweifel kann die Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung gefordert werden) oder Hautveränderungen (z.B. Schuppen, Schorf) leiden, die sich ablösen und in das Wasser übergehen können,
  - d) Personen, die das Freibad zu gewerblichen oder sonstigen nicht badüblichen Zwecken nutzen wollen.
- (3) Kindern unter 7 Jahren und hilfsbedürftigen Personen ist der Zutritt und Aufenthalt nur mit einer verantwortlichen Begleitperson gestattet, da eine besondere Überwachung bei der Nutzung der Einrichtungen des Freibades durch das Aufsichtspersonal nicht durchführbar ist.

### **§ 3**

#### **Entgelt**

- (1) Für die Benutzung des Freibades ist ein Eintrittsgeld zu entrichten. Maßgeblich hierfür ist die Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für das Freibad in der jeweils geltenden Fassung. Das Freibad darf nur mit gültiger Eintrittskarte betreten werden.
- (2) Wird das Freibad wegen einer Betriebsstörung geschlossen oder wird jemand von der Benutzung ausgeschlossen, besteht kein Anspruch auf Erstattung von Eintrittsgeldern.
- (3) Tageskarten gelten nur für den Tag, für den sie gelöst worden sind und berechtigen nicht zum wiederholten Betreten des Freibades. Sie sind daher nicht übertragbar. Ausgenommen von dieser Regelung sind Tageskarten, die in Verbindung mit einem Gutschein erworben werden.
- (4) Der Verein Tourismus Hanerau-Hademarschen und Umgebung e.V. kann Familienjahreskarten erwerben (Tourismusjahreskarte), die besonders zu kennzeichnen sind. Diese Jahreskarten sind grundsätzlich übertragbar.
- (5) Für abhanden gekommene oder nicht genutzte Eintrittskarten wird eine Rückvergütung oder Verlängerung der Geltungsdauer nicht gewährt.

### **§ 4**

#### **Öffnungszeiten**

- (1) Öffnungszeiten werden von dem Ausschuss für Sport, Kultur, Soziales und Tourismus festgelegt. Sie liegen in der Regel zwischen dem 01. Mai und 15. September eines jeden Jahres.
- (2) Die Öffnungszeiten sind aus dem Anhang zu ersehen. Besondere Öffnungszeiten sind der Tagespresse zu entnehmen. Die Öffnungszeit kann witterungsbedingt verlängert oder verkürzt werden. Ansprüche gegen den Betreiber können daraus nicht abgeleitet werden.
- (3) Kassenschluss ist eine halbe Stunde vor Ablauf der Öffnungszeit. Nach Kassenschluss ist das Betreten des Freibades nicht mehr gestattet.
- (4) Die Badebecken sind 15 Minuten vor Ablauf der Öffnungszeit zu verlassen.
- (5) Außerhalb der Öffnungszeit ist der Aufenthalt im Freibad untersagt.
- (6) Die Gemeinde ist berechtigt, nach vorheriger öffentlicher Bekanntgabe bzw. Pressemitteilung, den Badebetrieb aus besonderen Anlässen vorübergehend einzuschränken, ganz einzustellen oder zu verlängern.
- (7) Die Betriebsleitung kann die Benutzung des Freibades oder Teile davon, z.B. durch Schul- und Vereinsschwimmen, Kursangebote, Veranstaltungen oder Wettererscheinungen einschränken, ohne dass daraus ein Anspruch auf Erstattung oder Ermäßigung des Eintrittsgeldes entsteht.

### **§ 5**

#### **Badebekleidung**

Der Aufenthalt in den Badebecken und am Beckenrand ist grundsätzlich nur in üblicher Badebekleidung gestattet. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Genehmigung des Aufsichtspersonals.

### **§ 6**

## **Badevorbereitungen**

(1) Zum Umkleiden stehen nach Geschlechtern getrennte Einzel- und Sammelumkleidekabinen zur Verfügung. Die Einzelkabinen sind Wechselkabinen und stehen nur kurzfristig zum Umkleiden zur Verfügung.

Die Badegäste dürfen die Barfußgänge und Duschräume nicht mit Straßenschuhen betreten.

(2) Garderobe kann in den dafür vorgesehenen verschließbaren Schrankfächern, in den Sammelumkleidekabinen und auf den Rasenflächen verwahrt werden.

(3) Die Kabine oder den Schrank hat der Badegast selbst zu verschließen, den Schlüssel hat er während des Badens bei sich zu behalten. Für in Verlust geratene Schlüssel u.ä. ist ein Betrag in Höhe von 20,00 € zu entrichten. Der Verlierer erhält diesen Betrag zurück, falls der Schlüssel gefunden wird.

(4) Verschlussene Schrankfächer werden nach Schließung des Freibades vom Aufsichtspersonal geöffnet. Die hinterlassenen Gegenstände werden als Fundsache gemäß § 13 dieser Satzung behandelt.

(5) Die Wasserbecken in dem Freibad dürfen nur nach gründlicher Körperreinigung benutzt werden. Die Badebekleidung ist dabei abzulegen.

Die Verwendung von Seife außerhalb der Duschräume ist nicht gestattet.

(6) Vor Benutzung der Wasserbecken hat sich jeder Badegast unter der Dusche der Durchschreitebecken zu reinigen und in den Durchschreitebecken den Sand von den Füßen zu spülen. Der Zugang zu den Wasserbecken ist nur ohne Fußbekleidung erlaubt. Das Aufsichtspersonal kann Ausnahmen zulassen.

(7) Die Verwendung von Körperreinigungsmitteln ist nur unter den Duschen des Umkleidetraktes erlaubt.

## **§ 7**

### **Badeanlage**

Die Badeanlage ist unterteilt in

- a) ein Schwimmerbecken mit Startblöcken
- b) ein Sprungbecken (1-Meter-Brett und 3-m-Sprungturm)
- c) ein Nichtschwimmerbecken mit Rutsche
- d) ein Planschbecken für Kinder bis 6 Jahren

## **§ 8**

### **Allgemeines Verhalten im Freibad**

(1) Die Einrichtungen des Freibades sind pfleglich zu behandeln. Vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachte Beschädigungen und Verunreinigungen führen zum Schadenersatz. Dem Aufsichtspersonal sind Beschädigungen und grobe Verunreinigungen der Einrichtungen des Freibades unverzüglich zu melden. Mängel in der allgemeinen Verkehrssicherheit sind sofort dem Aufsichtspersonal anzuzeigen.

(2) Die Badegäste haben alles zu unterlassen, was den guten Sitten sowie der Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung zuwiderläuft. Nicht gestattet ist insbesondere:

- a) das Rauchen in sämtlichen den Badegästen zugänglichen Räumen und innerhalb der Beckenumrandung,
  - b) das Mitbringen von Tieren
  - c) die Benutzung von Inline-Skatern, Rollschuhen, Skate-Boards o.ä.,
  - d) der Verzehr von Lebensmitteln oder Getränken innerhalb der Beckenumrandung und in sämtlichen Schwimmbecken,
  - e) das Mitbringen und der Verzehr alkoholischer Getränke
  - f) das Mitbringen spitzer und verletzender Gegenstände sowie Glasflaschen,
  - g) das Ausspucken auf den Boden, insbesondere von Kaugummi,
  - h) die Reservierung von Stühlen, Liegen und Bänken, soweit vorhanden, durch das Auflegen von Handtüchern, Badesachen o.ä.,
- (3) Abfälle dürfen nur in die dafür vorgesehenen Behältnisse geworfen werden. Das gilt insbesondere auch für Zigarettenkippen.
- (4) Musikinstrumente, Rundfunkgeräte, Tonwiedergabegeräte o.ä. dürfen nicht benutzt werden.
- (5) Sport und Spiele dürfen nur auf den dazu bestimmten Flächen ausgeübt werden.
- (6) Fahrräder und Fahrzeuge aller Art müssen außerhalb des Freibades auf den dafür bereitgestellten Plätzen abgestellt werden.

## **§ 9**

### **Verhalten im Schwimmbereich**

- (1) Jeder Badegast hat sich so zu verhalten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet wird.
- (2) Nichtschwimmern ist die Benutzung des Schwimmer- und Sprungbeckens untersagt, es sei denn zum Erlernen des Schwimmens auf Anordnung und unter Aufsicht. Kindern über 6 Jahren ist die Benutzung des Planschbeckens untersagt.
- (3) Es ist nicht gestattet:
- a) der Aufenthalt in und an den Becken bei Gewitter,
  - b) das Springen in das Schwimmer-, Nichtschwimmer- und Sprungbecken vom Beckenrand, mit Ausnahme des Springens von den Startblöcken,
  - c) die Durchführung von Ballspielen und sonstigen sportlichen Übungen in den Schwimmbecken ohne Erlaubnis des Aufsichtspersonals,
  - d) die missbräuchliche Verwendung von Rettungsgeräten,
  - e) das Hineinstoßen und –werfen sowie das Untertauchen anderer Personen in den Becken,
  - f) die Benutzung von Taucherbrillen, Luftmatratzen, Schwimmflossen und Schnorchelgeräten. Die Benutzung ist nur mit Zustimmung des Aufsichtspersonals und nur während betriebsschwacher Zeiten zulässig. Die Benutzung von Augenschutzbrillen (Schwimmbrillen) erfolgt auf eigene Gefahr.
  - g) die Verunreinigung des Badewassers (z.B. Urinieren, Ausspucken),
  - h) die Verwendung von Schwimmhilfen im Schwimmerbecken,
  - i) das Turnen an sämtlichen Haltestangen, Geländern und am Sprungturm,
  - j) jeglicher Gebrauch von Signalen oder Trillerpfeifen, mit Ausnahme des Aufsichtspersonals.

(4) Im Sprungbecken erfolgt das Springen auf eigene Gefahr. Das Wippen auf den Sprungtürmen und das Unterschwimmen des Sprungbereiches sind nicht gestattet. Beim Springen ist unbedingt darauf zu achten, dass

- a) der Sprungbereich frei ist,
- b) nur eine Person das Sprungbrett betritt,
- c) nur gerade Sprünge ausgeführt werden,
- d) nach dem Sprung der Gefahrenbereich sofort verlassen wird.

(5) Je nach Betrieb kann das Sprungbecken gesperrt und für den allgemeinen Schwimmbetrieb mit genutzt werden.

(6) Die Benutzung der Rutsche erfolgt auf eigene Gefahr. Nach dem Rutschen ist der Bereich im Becken unverzüglich zu verlassen. Den Anweisungen des Aufsichtspersonals ist Folge zu leisten.

## **§ 10**

### **Verhalten bei Unfällen**

(1) Verletzungen und Unfälle sind unverzüglich dem Aufsichtspersonal zur Einleitung von Hilfsmaßnahmen zu melden.

(2) Bei Unfällen haben die Badegäste auf Weisung des Aufsichtspersonals die Becken sofort zu verlassen.

(3) Aufgestellte Not- und Warnzeichengeräte (Rettungsringe usw.) dürfen nur bei eingetretener Gefahr in Betrieb gesetzt und benutzt werden.

## **§ 11**

### **Aufsicht und Zuwiderhandlungen**

(1) Das Aufsichtspersonal übt für die Gemeinde Hanerau-Hademarschen das Hausrecht aus und ist für die Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung und für die Einhaltung dieser Satzung zuständig. Seinen Anordnungen ist uneingeschränkt Folge zu leisten.

(2) Der Schwimmmeister/die Schwimmmeisterin kann Personen mit der Aufsicht beauftragen. Die Beauftragung erfolgt in Absprache mit dem Bürgermeister. Teilfunktionen können außerdem ausgeübt werden durch:

- a) das Kassenpersonal hinsichtlich der Kontrolle der Eintrittskarten,
- b) Bedienstete des Amtes Mittelholstein bzw. Polizeiorgane bei Aufgaben zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung,
- c) aufsichtsführende Personen bei Schul-, Vereins- und Jugendgruppen sowie sonstige geschlossenen badende Gruppen.

(3) Das Aufsichtspersonal bzw. deren Vertreter sind befugt, Personen aus dem Bad zu verweisen, die

- a) die Sicherheit, Ruhe und Ordnung gefährden,
- b) andere Badegäste belästigen,
- c) trotz Ermahnung gegen die Bestimmungen dieser Satzung verstoßen.

Das Eintrittsgeld wird in diesen Fällen nicht erstattet. Das gilt auch für Zehner-, Wochen- und Jahreskarten.

(4) Bei Verweisung kann der betreffenden Person der weitere Zutritt in das Freibad zeitweise oder für die Dauer der Badesaison von der Gemeinde untersagt werden.

## **§ 12 Haftung**

(1) Der Betreiber haftet grundsätzlich nicht für Schäden der Badegäste. Dies gilt nicht für eine Haftung wegen Verstoßes gegen die eine wesentliche Vertragspflicht und für eine Haftung wegen Schäden des Badegastes aus einer Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie ebenfalls nicht für Schäden, die der Badegast aufgrund einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Betreibers, dessen gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen erleidet. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglichen und auf deren Einhaltung der Gast vertrauen darf.

Als wesentliche Vertragspflichten des Betreibers zählen insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Benutzung der Badeeinrichtung, soweit diese nicht aus zwingenden betrieblichen Gründen teilweise gesperrt ist, sowie die Teilnahme an den angebotenen im Eintrittsgeld enthaltenen Veranstaltungen. Die Haftungsbeschränkung nach Satz 2 gilt auch für die auf den Einstellflächen des Freibades abgestellten Fahrzeugen.

(2) Dem Badegast wird ausdrücklich geraten, keine Wertgegenstände mit in das Freibad zu nehmen. Von seitens des Betreibers werden keinerlei Bewachung und Sorgfaltspflichten für dennoch mitgebrachte Gegenstände übernommen. Für den Verlust von Wertsachen, Bargeld und Bekleidung haftet der Betreiber nur nach den gesetzlichen Regelungen. Das gilt auch bei Beschädigung der Sachen durch Dritte. Das Einbringen von Geld und Wertgegenständen in einen durch den Betreiber zur Verfügung gestellten Garderobenschrank und /oder einem Wertfach begründet keinerlei Pflichten des Betreibers im Bezug auf die eingebrachten Gegenstände. Insbesondere werden keine Verwahrpflichten begründet. Es liegt allein in der Verantwortung des Badegastes, bei der Benutzung eines Garderobenschrankes/ und/oder Wertfaches diese ordnungsgemäß zu verschließen, den sicheren Verschluss der jeweiligen Vorrichtung zu kontrollieren und die Schlüssel sorgfältig aufzubewahren.

(3) Bei Verlust der Zugangsberechtigung, von Garderobenschrank oder Wertfachschlüsseln oder Leih Sachen wird ein Pauschalbetrag in Rechnung gestellt, der den nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Schaden nicht übersteigt. Der jeweilige Preis ist in der gültigen Gebührensatzung aufgeführt. Dem Badegast wird ausdrücklich der Nachweis gestattet, dass ein Schaden nicht entstanden ist oder dass er wesentlich geringer ist als der Pauschalbetrag.

(4) Bei Verlust ordnungsgemäß abgegebener Wertsachen und Fundgegenstände haftet die Gemeinde Hanerau-Hademarschen bis zu einem Höchstbetrag von 150,00 €. Die Haftung beschränkt sich auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

## **§ 13 Fundsachen**

Fundsachen sind beim Aufsichtspersonal abzugeben. Sind die Fundsachen nicht innerhalb von 2 Wochen abgeholt worden, werden sie an das zuständige Fundbüro des Amtes Mittelholstein weitergegeben und nach den gesetzlichen Bestimmungen behandelt.



**§ 14**  
**Wünsche und Beschwerden**

Wünsche, Anregungen und Beschwerden nimmt das Aufsichtspersonal bzw. die Gemeinde entgegen.

**§ 15**  
**Inkrafttreten**

Die Satzung der Gemeinde Hanerau-Hademarschen zur Regelung des Badebetriebes im Freibad (Badeordnung) tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Gemeinde Hanerau-Hademarschen zur Regelung des Badebetriebes im Freibad (Badeordnung) vom 05.05.2015 außer Kraft.

Hanerau-Hademarschen, den 29.11.2021

gez. (L.S.)

Thomas Deckner  
(Bürgermeister)

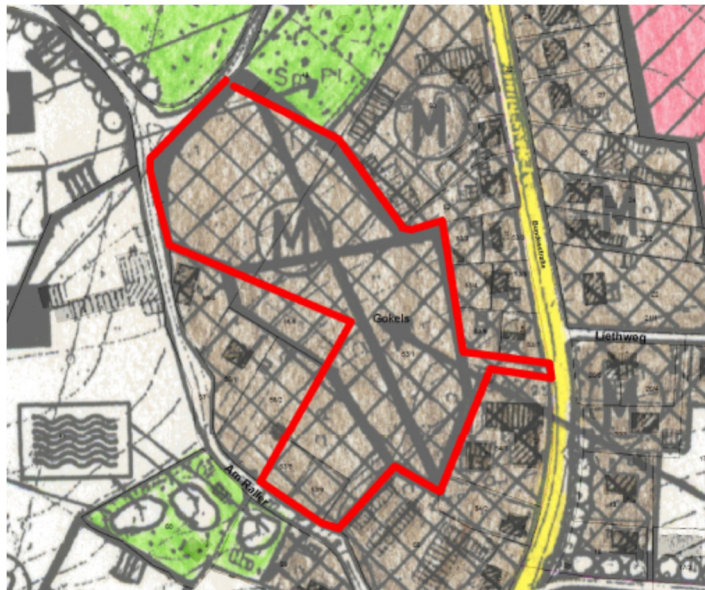
# Amtliche Bekanntmachung

**Amt Mittelholstein  
- Der Amtsdirektor -  
für die Gemeinde Gokels**

**Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Gokels „Am Raller / Am Sportplatz“ für das Gebiet südlich der Straße "Am Sportplatz" und östlich "Am Raller" und westlich der vorhandenen Bebauung entlang der Bundesstraße (siehe Planskizze) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB**

## **Planskizze**

des Gebietes der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes „Am Sportplatz / Am Raller“  
(rot-umrandet)  
der Gemeinde Gokels



Der von der Gemeindevertretung in der Sitzung am 02.12.2021 gebilligte und zur Auslegung bestimmte Entwurf zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes „Am Raller / Am Sportplatz“ für das Gebiet südlich der Straße "Am Sportplatz" und östlich "Am Raller" und westlich der vorhandenen Bebauung entlang der Bundesstraße und die Begründung mit Umweltbericht liegen in der Zeit vom:

**22. Dezember bis 28. Januar 2022** (einschließlich)

im Amtsgebäude des Amtes Mittelholstein, Am Markt 15, 24594 Hohenwestedt, Zimmer 17 während der folgenden Sprechzeiten

montags	08.00 Uhr - 12.00 Uhr
dienstags	08.00 Uhr - 12.00 Uhr
donnerstags	08.00 Uhr - 12.00 Uhr und 14.00 Uhr - 18.00 Uhr
freitags	08.00 Uhr - 12.00 Uhr

sowie nach telefonischer Vereinbarung unter der Telefon-Nummer 04871-36302, zur Einsichtnahme öffentlich aus. Es besteht auch die Möglichkeit die Planunterlagen per Mail unter der Mail-Adresse [info@amt-mittelholstein.de](mailto:info@amt-mittelholstein.de) anzufordern.

Zusätzlich ist der Inhalt dieser Bekanntmachung und die nach § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB auszulegenden Unterlagen im Internet unter der **Adresse** [https://www.amt-mittelholstein.de/ leben-arbeiten/bauen-wohnen/aktuelle-bauleitplanung](https://www.amt-mittelholstein.de/leben-arbeiten/bauen-wohnen/aktuelle-bauleitplanung) eingestellt und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich.

Während dieser Auslegungsfrist können alle an der Planung Interessierten die Planungsunterlagen und umweltbezogenen Stellungnahmen einsehen sowie Stellungnahmen hierzu schriftlich oder während der Sprechzeiten zur Niederschrift im Amtsgebäude des Amtes Mittelholstein, Am Markt 15, 24594 Hohenwestedt, Zimmer 17, abgeben. Stellungnahmen können auch per E-Mail an die oben aufgeführte Adresse gesendet werden.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Gemeinde den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage der Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 3 BauGB und dem Landesdatenschutzgesetz. Sofern Sie Ihre Stellungnahme ohne Absenderangaben abgeben, erhalten Sie keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt „Informationspflichten bei der Erhebung von Daten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung“ nach dem BauGB (Artikel 13 DSGVO), das mit ausliegt.

Folgende umweltrelevanten Informationen sind verfügbar:

1. der als Teil II der Begründung vorliegende Umweltbericht
2. Lärmtechnische Untersuchung 22.06.2021
3. Immissionsschutz-Stellungnahme mit Ausbreitungsberechnungen zur Geruchsimmission (GIRL-Gutachten) 24.08.2020
4. Baugrundgutachten vom 20.07.2021
5. Stellungnahme Archäologisches Landesamt
6. Stellungnahme Kreis Rendsburg-Eckernförde
7. der Landschaftsplan der Gemeinde Gokels

Die diesen Informationen zugrunde liegenden Unterlagen liegen ebenfalls aus.

Übersicht über die relevanten umweltbezogenen Themen:

<i>Schutzgut</i>	<i>Aussagen zum Thema:</i>	<i>Einstufung der Umweltauswirkungen:</i>	<i>Informationen befinden sich in:</i>
Mensch	Sicherung der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Gokels und des Gemeinwesens durch Schaffung eines ausreichenden Wohnraumangebot	erheblich	(1)
Mensch	Sicherung gesunder Lebens- und Wohnverhältnisse	erheblich	(2) und (3)
Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Verlust von Lebensräumen durch Flächeninanspruchnahme	Erheblich, jedoch durch entsprechende Maßnahmen auszugleichen	(1) und (6)
Boden	Beeinträchtigung der Bodenfunktion, Verlust von Bodenfunktionen	Erheblich, aber durch entsprechende Maßnahmen auszugleichen und erheblich zu vermindern	(1) und (4)
Wasser	Verlust von Oberflächenwasserretention	Erheblich, aber durch entsprechende Maßnahmen auszugleichen und erheblich zu vermindern	(1), (4) und (6)
Luft und Klima	Veränderung des örtlichen Kleinklimas durch Überbauung und Bodenversiegelung	weniger erheblich	(1)
Landschaftsbild	Veränderung der visuellen Prägung des	Erheblich wegen der	(1), (6) und (7)

	Ortsbildes	Nähe zum Landschaftsschutzgebiet und der Einzelbäume	
Kultur- und Sachgüter	Sachwerte und Bodendenkmale	keine, Lage des Baugebietes innerhalb eines Archäologischen Interessensgebietes, Freigabe ist erfolgt.	(1) und (5)

Hohenwestedt, den 14.12.2021

Amt Mittelholstein  
- Der Amtsdirektor -

Im Auftrag  
gez. Heitmann-Rohweder

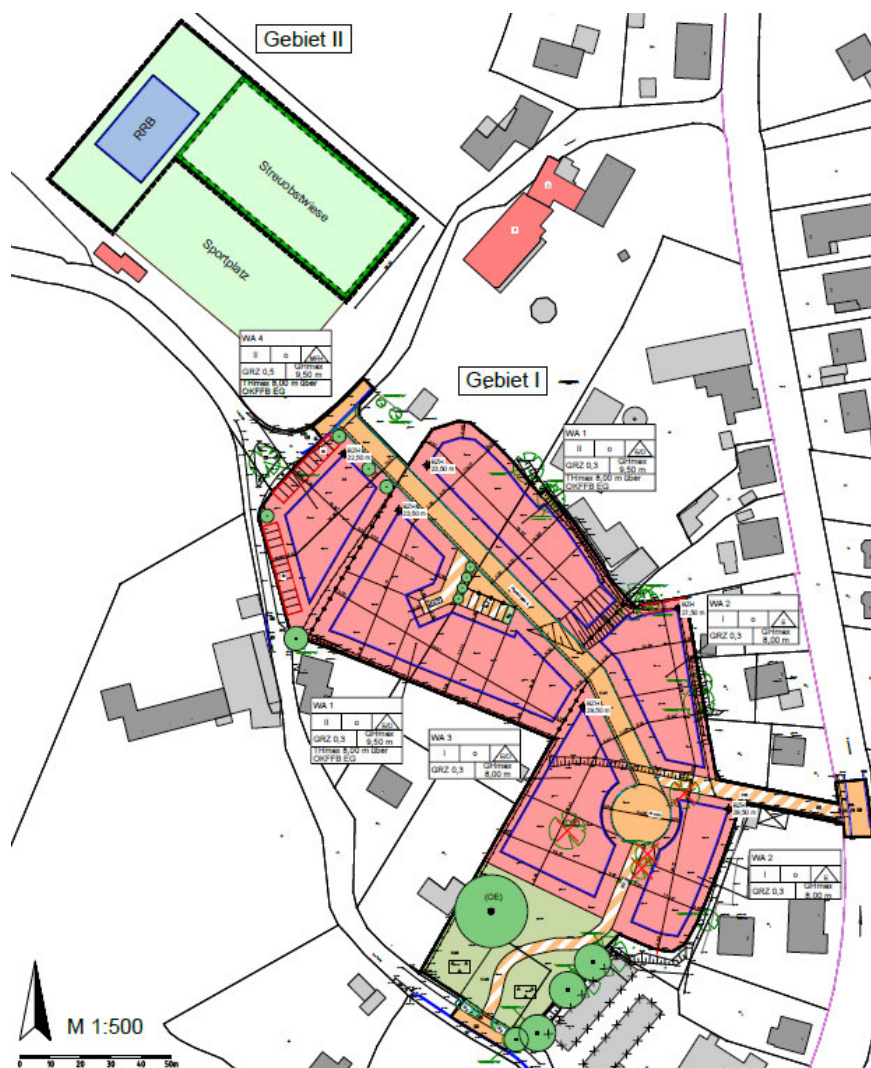
# Amtliche Bekanntmachung

**Amt Mittelholstein  
- Der Amtsdirektor -  
für die Gemeinde Gokels**

**Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Am Raller / Am Sportplatz“ der Gemeinde Gokels für das Gebiet nördlich und östlich des Gemeindeweges „Am Raller“ und der Bebauung „Am Raller“ 3 - 7 (ungerade Hausnummern), westlich der „Bundesstraße“ und der hinteren Bebauung „Bundesstraße“ 17 - 27 (ungerade Hausnummern), südlich des Weges „Am Sportplatz“ und des Grundstücks „Am Sportplatz“ 2 + 4 (siehe Planskizze) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB**

## Planskizze

des Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 7 „Am Raller / Am Sportplatz“  
in der Gemeinde Gokels



Der von der Gemeindevertretung in der Sitzung am 02.12.2021 gebilligte und zur Auslegung bestimmte Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 7 „Am Raller / Am Sportplatz“ für das Gebiet nördlich und östlich des Gemeindeweges „Am Raller“ und der Bebauung „Am Raller“ 3 - 7 (ungerade Hausnummern), westlich der „Bundesstraße“ und der hinteren Bebauung „Bundesstraße“ 17 - 27 (ungerade Hausnummern), südlich des Weges „Am Sportplatz“ und des Grundstücks „Am Sportplatz“ 2 + 4 und die Begründung mit Umweltbericht liegen in der Zeit vom:

## 22. Dezember bis 28. Januar 2022 (einschließlich)

im Amtsgebäude des Amtes Mittelholstein, Am Markt 15, 24594 Hohenwestedt, Zimmer 17 während der folgenden Sprechzeiten

montags	08.00 Uhr - 12.00 Uhr
dienstags	08.00 Uhr - 12.00 Uhr
donnerstags	08.00 Uhr - 12.00 Uhr und 14.00 Uhr - 18.00 Uhr
freitags	08.00 Uhr - 12.00 Uhr

sowie nach telefonischer Vereinbarung unter der Telefon-Nummer 04871-36302, zur Einsichtnahme öffentlich aus. Es besteht auch die Möglichkeit die Planunterlagen per Mail unter der Mail-Adresse [info@amt-mittelholstein.de](mailto:info@amt-mittelholstein.de) anzufordern.

Zusätzlich ist der Inhalt dieser Bekanntmachung und die nach § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB auszulegenden Unterlagen im Internet unter der **Adresse [https://www.amt-mittelholstein.de/ leben- arbeiten/bauen-wohnen/aktuelle-bauleitplanung](https://www.amt-mittelholstein.de/leben-arbeiten/bauen-wohnen/aktuelle-bauleitplanung)** eingestellt und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich.

Während dieser Auslegungsfrist können alle an der Planung Interessierten die Planungsunterlagen und umweltbezogenen Stellungnahmen einsehen sowie Stellungnahmen hierzu schriftlich oder während der Sprechzeiten zur Niederschrift im Amtsgebäude des Amtes Mittelholstein, Am Markt 15, 24594 Hohenwestedt, Zimmer 17, abgeben. Stellungnahmen können auch per E-Mail an die oben aufgeführte Adresse gesendet werden.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Gemeinde den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage der Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 3 BauGB und dem Landesdatenschutzgesetz. Sofern Sie Ihre Stellungnahme ohne Absenderangaben abgeben, erhalten Sie keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt „Informationspflichten bei der Erhebung von Daten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung“ nach dem BauGB (Artikel 13 DSGVO), das mit ausliegt.

Folgende umweltrelevanten Informationen sind verfügbar:

1. der als Teil II der Begründung vorliegende Umweltbericht
2. Lärmtechnische Untersuchung 22.06.2021
3. Immissionsschutz-Stellungnahme mit Ausbreitungsberechnungen zur Geruchsimmission (GIRL-Gutachten) 24.08.2020
4. Baugrundgutachten vom 20.07.2021
5. Stellungnahme Archäologisches Landesamt
6. Stellungnahme Kreis Rendsburg-Eckernförde
7. der Landschaftsplan der Gemeinde Gokels

Die diesen Informationen zugrunde liegenden Unterlagen liegen ebenfalls aus.

Übersicht über die relevanten umweltbezogenen Themen:

<i>Schutzgut</i>	<i>Aussagen zum Thema:</i>	<i>Einstufung der Umweltauswirkungen:</i>	<i>Informationen befinden sich in:</i>
Mensch	Sicherung der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Gokels und des Gemeinwesens durch Schaffung eines ausreichenden Wohnraumangebot	erheblich	(1)

Mensch	Sicherung gesunder Lebens- und Wohnverhältnisse	erheblich	(2) und (3)
Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Verlust von Lebensräumen durch Flächeninanspruchnahme	Erheblich, jedoch durch entsprechende Maßnahmen auszugleichen	(1) und (6)
Boden	Beeinträchtigung der Bodenfunktion, Verlust von Bodenfunktionen	Erheblich, aber durch entsprechende Maßnahmen auszugleichen und erheblich zu vermindern	(1) und (4)
Wasser	Verlust von Oberflächenwasserretention	Erheblich, aber durch entsprechende Maßnahmen auszugleichen und erheblich zu vermindern	(1), (4) und (6)
Luft und Klima	Veränderung des örtlichen Kleinklimas durch Überbauung und Bodenversiegelung	weniger erheblich	(1)
Landschaftsbild	Veränderung der visuellen Prägung des Ortsbildes	Erheblich wegen der Nähe zum Landschaftsschutzgebiet und der Einzelbäume	(1), (6) und (7)
Kultur- und Sachgüter	Sachwerte und Bodendenkmale	keine, Lage des Baugebietes innerhalb eines Archäologischen Interessensgebietes, Freigabe ist erfolgt.	(1) und (5)

Hohenwestedt, den 14.12.2021

Amt Mittelholstein  
- Der Amtsdirektor -

Im Auftrag  
gez. Heitmann-Rohweder